

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 121 (1995)
Heft: 37

Artikel: Schluss mit Hasch und Heroin
Autor: Estermann, Klaus / Sigg, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-609728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz kann aufatmen: Endlich werden die Drogen verboten. Dies verlangt ein dringlicher Bundesbeschluss. Der Gesamtbundesrat informierte gestern in einer überraschend einberufenen Pressekonferenz die Öffentlichkeit. Die Zustände seien unhaltbar geworden, wurde erklärt, und hätten einen mutigen und schnellen Entscheid erfordert.

auf offene Ohren. Ihnen wurde das Betäubungsmittelgesetz geschenkt. Es sollte den Gewinnzerfall im Drogensektor aufhalten und Devisen in die armen Länder bringen. Dieses Gesetz, kurz das BMG, sollte die labilen Drogenpreise stützen und den Konsum ankurbeln. Das BMG wurde als zweite Säule der staatlichen Entwicklungshilfe geschaffen. So floss mehr Geld in die dritte Welt, und viele Jungs aus diesen Ländern

Staat seinerseits konnte mit den Fixern viele Arbeitsplätze schaffen. In den Therapiezentren, die mit der Zeit wie Pilze aus dem Boden schossen, konnten Einheimische beschäftigt werden, die sonst nirgends zu gebrauchen waren.

So wurde das BMG zum Hoffnungsträger eines ganzen Landes. Gerade die sogenannten weichen Drogen wurden von Staates wegen lange Zeit stark gefördert. THC-haltige Substanzen wurden in grossen Mengen in die Kasernen geschleust, um die bei jungen Männern nicht mehr besonders beliebte Rekrutenschule etwas erträglicher zu gestalten. Potentielle Revolutionäre und Langhaarige wurden durch die dauernde Kifferei zu sanften Lämmern und harmlosen Phantasten. Die Opiatsucht breiter Kreise brachte brachlie-

gende Gelder in die Umlaufbahn, und diese konnten von dort in die gewünschten Säcke gezweigt werden. Das hat die Regierung bezweckt, und das hat sie auch erreicht. Sie konnte das System zementieren, die Entwicklungshilfe verzigfachen und sich dabei, privat und diskret, eine goldene Nase verdienen.

Doch einmal ist die Fasnacht aus. Diese Politik ist nicht mehr tragbar und auch nicht mehr zu bezahlen. Das BMG, die zweite Säule der schweizerischen Entwicklungshilfe, hat versagt. Die protegierten Handelsunternehmen bringen das viele Geld immer seltener in ihre Heimatländer, sondern investieren es, blitzblank gewaschen, in die Volkswirtschaft ihres Patenstaates. Geld und Leute bleiben im Land. So war das natür-

lich nicht gedacht, seinerzeit. Albaner, Türken und Neger sollen zu Hause bleiben oder spätestens nach Abschluss ihrer Geschäfte dorthin zurückkehren. Es musste etwas geschehen, und es ist etwas geschehen. Ab sofort sind Drogen verboten. Wer das Verbot missachtet, wird rücksichtslos erschossen.

Der Staat muss sparen. Das ist bekannt. Der Staat kann es sich nicht länger leisten, ein Entwicklungsprojekt durchzuführen, das jede Glaubwürdigkeit verloren hat. Die Spielregeln werden missachtet, die fütternde Hand wird gebissen, und ständig mehr Einheimische versuchen, in diesem lukrativen Förderprogramm gutes Geld zu verdienen. Das ist vielen gelungen, und manch einer ist davon derart reich

geworden, dass er von den Zinsen gut leben kann. Das ist gut so. Denn es vereinfacht die Durchsetzung des Drogenverbots, zumal diese Spezies Mensch am Ende gar kriminell würde, wenn sie sich gezwungen sähe, mit redlicher Arbeit Geld zu verdienen. Nun ist diese Gefahr gebannt. Ein schöner Teil des abgezockten Geldes blieb in Schweizer Hand und beruhigte manches Gemüt, das nun seine Pfründe verliert. Natürlich schreien viele Profiteure und kleine Angestellte des BMGs nach dessen Beibehaltung. Nicht alle konnten sich sanieren. Und wer lässt sich schon einen Geldhahn zudrehn, ohne aufzumucken?

Folgerichtig hat der Bundesrat beschlossen, die Drogen zu verbieten und in der dritten Welt, als Ersatz, vermehrt Hilfe vor Ort zu leisten. Doch wird das schwierig, vor allem in finanzieller Hinsicht. Das Drogenverbot hinterlässt ein Loch in Kratergrösse. Wie soll die Schweiz denn das bezahlen? Wie kommt der Bund an die Handtaschen von betagten Damen und an das Taschengeld der Jungen? Wie kommt er an den Freizeitetat von Wochenendfixern und an die Erlöse von Raubüberfällen? Sollte der Bund am Ende die Drogen gar selber verkaufen?

Das verbietet natürlich die intakte Moral in unserem Land. Drogen werden hierzulande vom Staat nicht einfach verkauft, sondern wissenschaftlich getarnt und mehr oder weniger verschenkt. Und damit das Ganze garantiert *sehr viel* kostet, wird obendrein die Ärzteschaft beigezogen. Das beruhigt den WHO, diesen Strohverein der Amerikaner, und die eigene Wählerbasis. Doch beruhigt das auch die abgesägten Götlibuben? Probleme zuhauf, aber irgendeine Lösung wird sich schon finden lassen. Das verkündete jedenfalls der Bundesrat an seiner Pressekonferenz zuversichtlich.

Zuversicht ist in der Tat angelegt: Das Drogenverbot wird einen ganzen Rattenschwanz von neuen Problemen mit sich bringen. Das ist klar und absehbar. Wovon sollen in Zukunft die vielen Freaks und Hippies leben, die durch den Haschischdetailhandel recht be-

quem über die Runden kamen? Durch das Drogenverbot werden ihre Arbeitsplätze hinfällig. Wie sollen sich die Gassenarbeiter und Therapeuten durchbringen, die bis anhin ein geschütztes Dasein fristeten? Durch den Wegfall der staatlichen Fixerabnahmegarantie gehen diese Stellen ersatzlos verloren. Wo sollen die arbeitslosen Geldwäscher und Kuriere beschäftigt werden? Die Drogenpfarrer? Die Drogenexperten? Die Polizisten, die kein BMG mehr zu schützen haben? Die Junkies, die zwar einen harten, aber immerhin einen Beruf hatten? Sobald die Drogen verboten sind, ab morgen also, wird es logischerweise keine Fixer und keine Hascher mehr geben. Für einen guten Zweck gilt es das wohl oder übel in Kauf zu nehmen. Es geht um die Sache, und die ist eine gute.

Ein mutiger Schritt, und ein gefährlicher Eingriff, dieses neue Gesetz. Es ist durchaus denkbar, dass das ganze Land in dumpfen Alkoholismus versinkt. Stellen Sie sich vor, Wein und Schnaps würden in russischen Dimensionen fliessen – auf die Gefahr hin, dass sich auch unser Bruttosozialprodukt dem russischen nähert. Schöne Aussichten sind das. Wo wird das bloss enden?

Die Armee wird's richten. Panzer und Köpfe werden rollen. Die ersten Divisionen stehen bereits vor den Toren Zürichs. Schnelle Eingreiftruppen werden das ganze Land durchkämmen und das neue Gesetz durchsetzen. Das Verbot ist ein Gebot der Stunde. Die Schweiz hat das Heft selbst in der Hand. Sollten alle Stricke reissen, kann der Alkohol gleich mit verboten werden. Dann ist auch dieses Problem vom Tisch. Die richtige Vorschrift macht's. Juristen und Gefängnisplätze gibt's genug.

Wenn alles gutgeht, und das will ich doch hoffen, wird unser Land in absehbarer Zeit zu einem Hort der Nüchternheit. Ausgeschlafene Menschen ohne Mundgeruch werden die Landschaft bevölkern, das Drogenproblem wird sich in die Geschichtsbücher zurückziehen, und die Schweiz wird gerettet sein.

Schluss mit Hasch und Heroin

Endlich: Drogen werden verboten

Nun heisst es Abschied nehmen von einer jahrzehntealten Politik, deren Ziel die Förderung des Handels und des Konsums berauschender Substanzen war.

Schon vor vielen Jahren beklagten Länder der dritten Welt eine permanente Devisennot. Tonnenweise mussten hochwirksame Substanzen zu Schleuderpreisen verschert werden. Auch für die hauseigenen Kriminellen fanden diese Staaten keine Abnehmer. Sie mussten in der Heimat bleiben, wo es eh fast nichts zu stehlen gab. Es war zum Verzweifeln. Also reisten vor vielen Jahren einige Vertreter mausarmer Staaten ins Bundeshaus nach Bern und stiessen dort

fanden in der Schweiz eine gut-bezahlte Arbeit. Die Schweiz versprach ausserdem, die ausgebrannten Junkies kosten- und bedingungslos zu übernehmen. Sie vereinbarte mit den Rauschgift-unternehmern eine Art Abnahmegarantie. So konnten die Unternehmer junge Leute als Kunden anheuern, ihnen alles Geld – und das, welches sie klauen mussten – abnehmen, um sie nachher dem Schweizer Gemeinwesen abzuliefern.

Lange Zeit ging das gut. Durch das BMG begünstigt, flossen jährlich Milliardenbeträge in die dritte Welt und brachten dort manchen Garten zum Blühen. Der Schweizer

